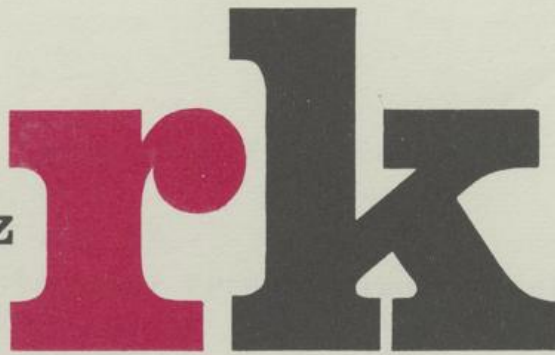


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 24. Februar 1984

Blatt 403

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Pierre Mauroy im Rathaus  
(grau)

Kommunal:  
(rosa)

Fünf Jahre "Übergangspflege" in der Psychiatrie  
Stadtbahn: alle Gürtelstationen erhalten  
Aufzüge  
Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat

Politik:  
(rosa)

GM: Förderungsziel wird 1985 erreicht

Nur

über FS: 23.2. Wasserrohrbruch im dritten Bezirk  
24.2. Großeinsatz gegen Schneemassen

.....  
Bereits am 23. Februar 1984 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Pierre Mauroy im Rathaus

=++++

16 Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Frankreichs Premierminister Pierre Mauroy trug sich Donnerstag nachmittag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses ins Goldene Buch der Stadt Wien ein. Mauroy war zuvor von Bürgermeister Gratz an der Spitze einer Stadtsenatsdelegation empfangen worden. (Schluß) rü/ko

NNNN



## Fünf Jahre "Übergangspflege" in der Psychiatrie

Utl.: Über 2000 Patienten nach Rehabilitation entlassen

=++++

2 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Psychiatriereform starteten engagierte Pfleger und Schwestern des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe vor fünf Jahren die modellartige Einrichtung der "Übergangspflege". Dabei wurde mit betagten Patienten die Wiedereingliederung in ihr früheres Wohnumfeld geübt und damit deren Entlassung aus dem Krankenhaus vorbereitet. Ursprünglich als Versuch mit Hilfe des Vereines Wiener Sozialdienste begonnen, wird dieses Projekt nunmehr im Rahmen des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste durchgeführt. Wie Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag anlässlich des fünfjährigen Bestandes dieser Einrichtung erklärte, konnten dadurch bisher bereits 2070 Patienten betreut und aus dem Psychiatrischen Krankenhaus entlassen werden.

Viele dieser Patienten waren, laut Stacher, lange Jahre, oft sogar Jahrzehnte hindurch in der Anstalt gewesen. Darüber hinaus können durch die "Übergangspflege" aber auch neu aufgenommene ältere Patienten wieder rascher entlassen werden. Diese durch Eigeninitiative und persönliches Engagement geschaffene Einrichtung ist, wie Stacher betonte, eine wesentliche Maßnahme im Rahmen der Psychiatriereform. (Schluß) zi/ko

NNNN



Stadtbahn: Alle Gürtelstationen erhalten Aufzüge

=++++

3 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Im Herbst des vergangenen Jahres wurde der Einbau von jeweils zwei Aufzügen in alle Stadtbahnstationen entlang des Gürtels beschlossen. Nun erfolgte durch den Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie nach der Durchführung einer Ausschreibung die Vergabe: Eine große Wiener Firma wurde mit der Lieferung und Montage von zehn Aufzügen beauftragt. Die Kosten dafür werden etwa 7,8 Millionen Schilling betragen.

Im Rahmen der Aufzugseinbauten werden die Stationen zum Teil bereits für den U-Bahn-Betrieb adaptiert. So werden unter anderem die Fußböden und Stiegenanlagen renoviert, die Beleuchtungen erneuert und die Stationen mit Notruf, Zugzielanzeigen und Brandmeldeanlagen ausgerüstet. Als Folgemaßnahmen der Einbauten sind weiters die komplette Erneuerung beziehungsweise Verstärkung der Elektroinstallationen, die Verlegung der Fahrscheinautomaten sowie zahlreiche bauliche Maßnahmen erforderlich. Wegen der vorhandenen Seitenbahnsteige sind in jeder Station zwei Aufzugsanlagen notwendig.

Mit der Station Gumpendorfer Straße wurde bereits im Vorjahr begonnen, sie soll noch Ende dieses Jahres fertiggestellt werden. Für Mitte 1984 ist der Baubeginn bei den Stationen Josefstädter Straße und Nußdorfer Straße vorgesehen, für Anfang 1985 bei den Stationen Alser Straße und Währinger Straße. Die Station Burggasse, die einzige Tiefstation unter den sechs Gürtelstationen, ist noch in Planung. Hier soll Mitte 1985 mit den Arbeiten begonnen werden. Die Bauzeit beträgt jeweils ungefähr ein Jahr, die Gesamtkosten für alle sechs Stationen betragen rund 80 Millionen Schilling. (Schluß)  
roh/gg

NNNN



Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des zweiten Landtagspräsidenten Fritz HAHN (ÖVP) trat der Wiener Landtag am Freitag um 9 Uhr zu einer Geschäftssitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE des LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP), welche rechtlichen Fragen für die Übertragung des Satellitenprogramms Sky-Channel durch die Kabel-TV geklärt wurden, sagte Landeshauptmann GRATZ, die rechtliche Voraussetzung basiere auf einem Bescheid der Post. Die Abgeltung der Urheberrechte werde von der englischen Muttergesellschaft durchgeführt. Zur Klärung noch offener Urheberrechtsfragen gibt es Gespräche zwischen der AKM und der Kabel-TV. Es sei nicht möglich gewesen, das BBC-Programm nach Österreich zu übertragen, der Wunsch nach einem englischsprachigen Programm in der Bevölkerung sei sehr groß.

Auf die Zusatzfrage, ob die Kabel-TV ähnliche Lizenzen weitergeben werde, sagte der Landeshauptmann, von derartigen Absichten sei ihm nichts bekannt.

In der ZWEITEN ANFRAGE erkundigte sich LAbg. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) nach zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen im Bereich der U-Bahn-Stationen. Landeshauptmann GRATZ verwies darauf, daß die Sicherheitsaspekte bereits in der Planungsphase berücksichtigt wurden und werden. Der Wiener Polizeipräsident habe ihm in einem Schreiben mitgeteilt, daß im Jahr 1983 insgesamt 1.481 Anzeigen im U-Bahn-Bereich erstattet wurden, u. a. 669 Verwaltungsstrafen, 463 Diebstahlsanzeigen und sieben Sittlichkeitsdelikte. Landeshauptmann Gratz bestätigte, daß das subjektive Sicherheitsgefühl besonders älterer Personen und von Frauen nicht immer mit der Realität übereinstimmt. Er habe daher den Polizeipräsidenten gebeten, vermehrt Zivilstreifen im U-Bahn-Bereich einzusetzen. (Forts.) fk/gg

NNNN



Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von Labg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte bisher unternommen wurden, um die anderen Bundesländer zur Übernahme eines Kostenersatzes für die in Wiener Krankenanstalten betreuten Fremdpatienten zu veranlassen, antwortete StR. MAYR (SPÖ), daß bereits im bestehenden Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds ein geringer Betrag dafür vorgesehen sei. Allerdings sei die Definition "Fremdpatient" insofern offen, als die Stadt Wien den Wohnort und Niederösterreich die Sozialversicherung als Kriterium heranziehe.

Auf die erste Zusatzfrage, ob auch rechtliche Möglichkeiten außerhalb des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds geprüft worden seien, antwortete Mayr, es wäre ab 1985 möglich, die Salzburger Lösung auch auf Wien anzuwenden.

Auf die zweite Zusatzfrage, ob es eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern gebe, erklärte Mayr, auch für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten sei eine Neuregelung von Interesse.

Auf die VIERTE ANFRAGE von Labg. HUBER (SPÖ), ob es bereits Gespräche mit anderen Bundesländern oder dem Bund über jene Finanzierungsbeiträge gegeben habe, die die Voraussetzung für den Krankenhausneubau im Rahmen des SMZ-Ost bilden, verwies Mayr auf die im Oktober 1982 eingereichte Klage des Landes Wien beim Verfassungsgerichtshof über den klinischen Mehraufwand beim AKH. Er bedauerte, daß der Verfassungsgerichtshof in dieser Angelegenheit noch keine Entscheidung getroffen habe. (Forts.) jel/ko

Wiener Landtag (3)

Fragestunde

=++++

6 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Labg. Ing. SVOBODA (SPÖ), in welchem Ausmaß das Land Wien Bürgschaften für die Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern übernommen habe, antwortete StR. MAYR (SPÖ), bis zum Jänner 1984 waren es 400 Millionen Schilling. Für 126 Fälle wurde eine Förderung bereits beschlossen, für weitere 104 Fälle besteht die grundsätzliche Bereitschaft dazu.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von Labg. Ing. RIEDLER (SPÖ), ob ihm bekannt sei, daß mit einem Einsatz von zehn Schilling bei Spielapparaten Gewinne bis zu 60.000 Schilling erzielt werden, antwortete StR. MRKVICKA (SPÖ), es gebe solche Hinweise in den Medien. Die Einführung des "kleinen Glücksspiels" habe noch nicht zu den gewünschten positiven Auswirkungen geführt. Es gebe zwar schon einige hundert Apparate in Wien, mit denen nach dem "kleinen Glücksspiel" gespielt werden kann, allerdings sind trotz Auslaufens der Konzession noch alte Apparate in Betrieb. Dagegen wird mit strengen Strafen vorgegangen. (Forts.) sei/bs



Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Prof. Dr. WELAN (ÖVP), wann mit der Vorlage des Entwurfes für ein neues Wiener Naturschutzgesetz im Wiener Landtag zu rechnen sei, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ), der entsprechende Entwurf sei in einem Begutachtungsverfahren überarbeitet worden, wobei unter anderem die Mitwirkung der Sicherheitsorgane zu klären gewesen sei. Dafür habe das Bundesministerium für Inneres bereits seine Zustimmung erteilt. Das neue Naturschutzgesetz werde auf jeden Fall in der Landtagssitzung am 4. Mai vorgelegt werden. Ein unabhängiger Naturschutzanwalt ist dabei vorgesehen, antwortete Schieder auf eine Zusatzfrage.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nach dem aktuellen Stand der Planung für die Wiener Außenring-Autobahn antwortete StR. HOFMANN (SPÖ), von der Niederösterreichischen Landesregierung seien im Rahmen des Bauprogrammes Mittel vorgesehen. Der gemeinsame Forderungskatalog der Ostregion umfasse die Straßenzüge A 21 und A 2. Da ein Vollausbau der Außenring-Autobahn aufgrund der Wiener Verkehrssituation derzeit noch nicht notwendig ist, werden jetzt die Möglichkeiten für einen Teilausbau untersucht, sagte Hofmann.  
(Forts.) roh/gg

NNNN



Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) In der NEUNTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. JANK (SPÖ), ob Initiativen geplant sind, um die Belastungen der Straßen durch LKW mit hohen Achslasten zu beschränken, damit bessere Wohn- und Umweltbedingungen erreicht werden. StR. RAUTNER (SPÖ) erklärte, daß die Umwelt vor allem durch zwei Faktoren belastet wird: die Lärmentwicklung durch LKW und die Abgasemissionen. Beides sei zu einem Teil vom Motorsystem und auch vom Achsdruck beziehungsweise vom Gesamtgewicht abhängig. Untersuchungen ergaben, daß die durchschnittliche LKW-Belastung auf Wiens Straßen sieben Prozent ausmache, in Industriegebieten zwölf Prozent und bei Großbaustellen 20 Prozent. Eine Verminderung der Umweltbelastung könnte dadurch erreicht werden, daß am Stadtrand LKW-Parkplätze mit Serviceeinrichtungen gebaut werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob an ein Nachtfahrverbot für LKW gedacht wird, sagte Rautner, daß bislang keine Anträge auf ein totales Nachtfahrverbot eingebracht worden sind.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. EDER (SPÖ), wie das Land Wien die Absicht, ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz zu schaffen, bewertet, sagte StR. SEIDL, daß sie diese Absicht begrüßt. Bis jetzt habe sich jedoch außer den Tierschutzverbänden, Tierfreunden und ihr selbst niemand öffentlich für eine bundeseinheitliche Lösung ausgesprochen. Es sei daher zu befürchten, daß es in absehbarer Zeit zu keiner Einigung kommt. Unter diesen Umständen wird das Land Wien ein eigenes neues Landesgesetz für den Tierschutz und die Tierhaltung beschließen. Die Vorarbeiten dafür sind weit fortgeschritten. Sie hoffe jedoch weiterhin, daß es zu einer bundeseinheitlichen Lösung kommt. (Forts.) lei/gg

NNNN



Wiener Landtag (6)

Fragestunde

-++++

9 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FIFTE ANFRAGE von Labg. Ing. MANDAHUS (ÖVP), wann frühestens mit dem Bau des Donaukraftwerkes Staustufe Wien begonnen werden könnte, betonte StR. HATZL (SPö), ein Termin sei derzeit nicht fixierbar. Wien habe sich grundsätzlich zu den Staustufen Wien und Hainburg bekannt. Die Planungen werden von der DOKW forciert. Eine Terminfixierung für die Staustufe Wien hänge von der Klärung der Projekte Ostbahnbrücke und Praterbrücke ab.

Die Ausschreibung der bisherigen Kraftwerksbauten sei korrekt durchgeführt worden und ebenso die Vergabe der Baulose, betonte Hatzl.

Zwtl.: Novelle zum Fischereigesetz

StR. Friederike SEIDL (SPö) beantragte eine Novelle zum Wiener Fischereigesetz, da sich besonders die ökologischen Rahmenbedingungen in den letzten 35 Jahren verändert haben.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Zwtl.: Änderung des Gesetzes über Kanalanlagen

StR. MAYR (SPö) stellte den Antrag, das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren wegen des neuen Mehrwertsteuersatzes im Abgabenänderungsgesetz zu ändern. Die Stadt Wien trägt damit die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

(Forts.) fk/b5

Wiener Landtag (7)

Utl.: Novelle zum Baumschutzgesetz

=++++

10 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPö) legte dem Wiener Landtag eine Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz vor. Bei dieser Novellierung, erklärte Schieder einleitend, gehe es darum, die Zuständigkeit des Berufungssenates zu verankern. Es bestehe darüber hinaus die Absicht, das gesamte Gesetz zu novellieren, sagte Schieder.

Labg. Prof. WELAN (ÖVP) erklärte, die ÖVP stimme dieser Novellierung zu, doch sei das gesamte Baumschutzgesetz novellierungsbedürftig. Er forderte Umweltstadtrat Schieder auf, mit einer Novellierung des Wiener Baumschutzgesetzes "grünen Bürgerdienst" zu betreiben.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 10.32 Uhr. (Schluß)

jel/gg



Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages trat der Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) zu einer Geschäftssitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie er die in einem Bericht der Arbeiterzeitung wiedergegebene Aussage des Handelskammerpräsidenten Ing. Dittrich beurteile, wonach die Verhandlungen über die freihändige Vergabe des künftigen U-Bahn-Baues soweit gediehen sei, daß man den Vertrag schon in den nächsten Tagen diskutieren könne, antwortete Bürgermeister GRATZ, daß ihm keine neuen Entwicklungen bekannt seien. Er habe mit der Prüfung dieser Angelegenheit den Magistratsdirektor betraut, der ihm jeweils bei wichtigen Verhandlungsergebnissen Bericht erstatte. Mitglieder des Stadtsenates nehmen an diesen Verhandlungen nicht teil.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), ob er bereit sei, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß von dem Vorhaben Abstand genommen werde, die 40 Bewohner des Hauses Himmelpfortgasse 11 abzusiedeln, um dieses für Zwecke des Familien- und Finanzministeriums in Anspruch zu nehmen, antwortete Bürgermeister GRATZ, dies sei nicht mehr notwendig, da das Bundesministerium für Bauten und Technik die Absicht, dieses Haus frei zu machen, nicht mehr weiterverfolge. Ein entsprechender Brief werde demnächst der Bezirksvertretung zugehen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), ob er auch im Bereich der Stadt Wien Privatisierungsmaßnahmen bei Unternehmen der öffentlichen Hand für sinnvoll halte, nachdem sich namhafte sozialistische Politiker in letzter Zeit dafür ausgesprochen hätten, antwortete Bürgermeister GRATZ, er sehe im Bereich der Stadt Wien derzeit keinen Anlaß für Maßnahmen dieser Art. (Forts.) roh/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Die VIERTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die FÜNFTEN ANFRAGE von GR. JANK (SPÖ), wie sich die einzelnen Fahrscheinkategorien der Wiener Verkehrsbetriebe im Jahr 1983 entwickelt haben, sagte StR. HATZL (SPÖ), daß sich das Tarifsystern den Vorstellungen entsprechend bewährt hat. Bei Wochenkarten gab es mit einem Anteil von 20,7 Prozent einen spürbaren Anstieg, Monats- und Jahreskarten wurden 1983 um drei Prozent mehr gegenüber 1982 verkauft (27 Prozent). Im vergangenen Jahr wurden von den öffentlichen Verkehrsmitteln über 550 Millionen Fahrgäste befördert. Der durchschnittliche Erlös pro Fahrgast sank auf 4,14 Schilling (1982: 4,32 Schilling).

In der SECHSTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ), wie weit die Überlegungen eine mobile Nachsorge einzurichten, gediehen sind. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) führte aus, daß entsprechende Maßnahmen bereits getroffen wurden und in ein bis zwei Wochen die ersten Einsätze beginnen. Pfleger und Krankenschwestern des Krankenhauses Lainz haben sich bereit erklärt, für betagte Patienten, die aus dem Krankenhaus entlassen werden können, Wohnungsprobleme zu lösen und sie dann auch zu Hause solange wie notwendig nachzubetreuen.

Als weitere Maßnahme wird geprüft, ob die Einrichtung von Kurzzeitpflegeheimen sinnvoll ist. Ältere Patienten, die wieder rehabilitiert werden können, sollen hier einen Platz bekommen. Erst wenn sich herausstellt, daß eine Wiedergesundung nicht erwartet werden kann, sollte ein ständiger Pflegeheimplatz in Anspruch genommen werden. (Forts.) lei/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wollte in der SIEBENTEN ANFRAGE wissen, welche Unterstützungen die Stadt Wien den von der Grundwasserverseuchung in der Donaustadt betroffenen Anrainern gewährt. StR. SCHIEDER (SPÖ) verwies darauf, daß Schadenersatzansprüche grundsätzlich nur von den Anrainern selbst geltend gemacht werden können. Die Stadt Wien bemüht sich, alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen und die Beweislage zu sichern. So war eine bestimmte Strafanzeige nur mit Hilfe der Stadt Wien möglich. Die Stellung eines Rechtsbeistandes ist nicht vorgesehen. Ob die Stadt Wien als Musterfall das Prozeßrisiko übernimmt, sollte in der Öffentlichkeit nicht diskutiert werden.

Die ACHTE ANFRAGE von GR. GLÜCK (ÖVP), ob er vor dem 8. Februar 1984 Kenntnis von der bevorstehenden Fällung von 48 Bäumen in der Oswaldgasse in Meidling gehabt habe, bejahte StR. SCHIEDER (SPÖ). Er wäre grundsätzlich bereit, an der Diskussion am kommenden Montag teilzunehmen, habe aber eine andere Verpflichtung. Es gehe darum, zu klären, ob bei einer weitgehenden Verschmälerung der geplanten Bahnunterführung die Wurzeln der Bäume bedroht sind. Wenn dies der Fall ist, wäre die einzige Schutzmaßnahme der Verzicht auf die Unterführung. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Rosa HEINZ (SPÖ), inwieweit gemeinnützige Wohnbauträger und private Hauseigentümer bereit seien, die Wandzeitungstafeln "Wien informiert" anbringen zu lassen, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ), daß derzeit 3.267 Tafeln in Privathäusern angebracht seien. In Gemeindehäusern seien 14.874 Tafeln montiert. 1984 werde dieses Kontingent um 2.519 Stück erweitert. In der zweiten Jahreshälfte 1984 werde ein neuer Versuch gestartet, die Mehrzahl der privaten Hauseigentümer habe jedoch die Anbringung der Tafeln bisher nicht gestattet.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), wie hoch der Ertrag 1983 aus der Parkometerabgabe sein werde, der sich 1981 noch auf 48,6 Millionen Schilling belief, 1982 hingegen nur auf 42,1 Millionen, antwortete StR. MAYR (SPÖ), der Ertrag habe sich 1983 auf 53,7 Millionen erhöht. Auch in Zukunft werde die Verbesserung der Überwachung von Kurzparkzonen fortgesetzt.

Eine Erhöhung der Parkometerabgabe sei derzeit nicht geplant.

Die Zusatzfrage, ob eine Erhöhung der Strafe geplant sei, verneinte Mayr. (Forts.) jel/ko



Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Komm.-Rat SCHMIDTMEIER (SPö), welche Beträge in Form von nichtrückzahlbaren Zuschüssen aus den Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien im vergangenen Jahr den Wiener Wirtschaftstreibenden zugeflossen seien, antwortete StR. MAYR (SPö), daß insgesamt 122 Ansuchen mit einem Gesamtvolumen von 127,3 Millionen Schilling positiv erledigt werden konnten. 1983 konnten damit 13 Firmen - sieben davon aus dem Produktionssektor, sechs aus dem Dienstleistungssektor - neu in Wien angesiedelt werden. Damit wurden 1.013 neue Arbeitsplätze geschaffen. Mit der Stützung bestehender Betriebe konnten weitere Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert werden.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (öVP), wie sich die Interessen der Wiener Messe AG betreffend den Messepalast mit den Vorstellungen von Bundesminister Dr. Fischer bezüglich des neuen Museumskonzeptes vereinbaren lassen, antwortete StR. MAYR (SPö), bei diesem Konzept handle es sich um einen Entwurf, der noch mit allen Beteiligten diskutiert werden soll. Von den 30.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche, über die der Messepalast verfügt, seien nur 8.000 für museale Zwecke vorgesehen. Außerdem falle der 1986 auslaufende Mietvertrag der Messe AG unter die Bestimmungen des Mieterschutzes, wodurch sich für die Messe AG noch rechtliche Möglichkeiten eröffneten. (Forts.) roh/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

16 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), in wie vielen Gemeindebauten beziehungsweise Wohnungen bisher Erhaltungsarbeiten gemäß dem Mietrechtsgesetz begonnen wurden, antwortete StR. HOFMANN (SPÖ), daß bisher in 423 Wohnhausanlagen mit 82.500 Wohnungen Instandsetzungsarbeiten nach § 45 Mietrechtsgesetz (Erhaltungsbeitrag) durchgeführt wurden. Für heuer sind neuerlich Instandsetzungsarbeiten in 139 Wohnhausanlagen mit rund 17.000 Wohnungen vorgesehen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob ein von Hahn errechneter budgetärer Überschuß von 1,265 Milliarden Schilling als Rücklage dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht wird, sagte Hofmann, daß diese Rechnung falsch sei beziehungsweise auf einem Mißverständnis beruhen müsse. Die Wohnhausverwaltung sei sogar gezwungen, die geplanten Arbeiten noch einmal zu überrechnen, um budgetäre Engpässe zu vermeiden.

Die ZWEITE ZUSATZFRAGE betraf den Ankauf von Althäusern durch die Stadt Wien und deren Renovierung nach § 18 Mietrechtsgesetz. StR. Hofmann führte aus, daß es Überlegungen gibt, künftig Erneuerungsarbeiten nicht nach § 18 durchzuführen, da es sinnvoller erscheint, nach Inkrafttreten der novellierten Wohnbaugesetze Mittel aus dem Wohnbauförderungsfonds zur Finanzierung zu verwenden. Dadurch ergibt sich eine günstigere Rückzahlungsrate, und die Belastung der Mieter wird verringert. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

17 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen ein ANTRAG der ÖVP betreffend Erstellung eines Straßenzustandsberichtes und eines Sanierungskonzeptes für das Wiener Straßennetz sowie eine ANFRAGE der FPÖ und elf ANFRAGEN der ÖVP vor.

Der ÖVP-Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Eine DRINGLICHE ANFRAGE der Volkspartei betreffend rasche Entscheidungen über den Bau des Wiener AKH aufgrund des VAMED-Berichtes wird am Schluß der Sitzung behandelt. (Forts.) fk/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Sportsubventionen

=++++

18 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) stellte die Anträge, acht Sport- und Jugendorganisationen aus den Sportförderungsmitteln 1984 Subventionen in der Gesamthöhe von 19,2 Millionen Schilling zu gewähren, sowie drei Institutionen, darunter der Wiener Stadthalle-KIBA, für die Vermietung von Trainingsanlagen insgesamt 56,4 Millionen aus den Sportförderungsmitteln zur Verfügung zu stellen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Sportsubventionen

-++++

19 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte die Subvention in der Höhe von 10 Millionen Schilling für den ASKÖ-Landesverband Wien für die Errichtung der Kunsteisbahn Nothnagelplatz und beantragte eine getrennte Abstimmung. Um das Geld, daß nun dem Eisring-Süd zukomme, hätten in Wien verschiedene kleinere Anlagen gebaut werden können. Im Interesse des Sports sei es notwendig, eine Vielfalt von Möglichkeiten zu schaffen. Der Eisring-Süd sei ein Prestigebau.

Grundsätzlich sei die ÖVP für die Subvention in Höhe von 54 Millionen Schilling für die Stadthalle, doch hätte man für den Betrag von einer halben Milliarde Schilling - dies sei die Summe, die in den letzten Jahren der Stadthalle zugeflossen sei - eine Anzahl von kleineren Sportstätten bauen können, sagte Arthold. Er kritisierte, daß der Landessportrat als beratende Institution nicht in Anspruch genommen werde.

GR. LUDWIG (SPÖ) wies darauf hin, daß der Landessportrat 1983 vier Sitzungen abgehalten habe. Es bleibe jedoch dem Landessportrat selbst überlassen, ob er einen Arbeitsausschuß einberufe. Der Eisring-Süd sei eine 400 Meter-Schnell-Laufbahn, im übrigen die einzige im Osten des Bundesgebietes. Die Besucherzahl allein aus Kindergärten sei im Vergleich zum Vorjahr um das Siebenfache gestiegen. Zur Subvention an die Wiener Stadthalle erklärte Ludwig, es handle sich dabei um eine ganze Reihe von Sportstätten und nicht um die Stadthalle allein. (Forts.) jel/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Sportsubventionen

=++++

20 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) StR. MRKVICKA (SPÖ) wies den Vorwurf zurück, der Eisring-Süd sei ein Prestigebau. Tatsächlich gebe es weniger Eislaufplätze als früher, weil die Witterungsverhältnisse eine Benützung der Natureislaufplätze kaum zulassen. Mrkvicka unterstrich, daß die Eislaufaktion der Stadt Wien die Möglichkeit gibt, diesen Sport kostenlos zu betreiben. Zum Vorwurf, verschiedene Sportveranstaltungen seien "PR-Aktionen", erklärte der Stadtrat, daß heute eine andere Werbung für den Breitensport als früher notwendig sei. Frühlingsmarathon und Frühlingslauf tragen dazu bei, eine breite Öffentlichkeit für sportliche Aktivitäten zu gewinnen. Darüber hinaus sei dies auch ein wichtiger Beitrag für den Fremdenverkehr.

Mrkvicka wies auf den Erfolg der Aktion hin, bei der der Erlös der Eintrittspreise "attraktiver" Sportarten anderen Sportverbänden zur Verfügung gestellt wird. Wien brauche bei der Ausstattung mit Sporteinrichtungen den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Mrkvicka dankte den Sportvereinen und Verbänden für die gute Zusammenarbeit und erklärte seine Bereitschaft, diese fortzusetzen.

In seinem Schlußwort betonte GR. BROSCHE (SPÖ) die Notwendigkeit, in Wien große Sportanlagen zu betreiben. Besonders wichtig sei die Tatsache, daß diese Anlagen auch der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

ABSTIMMUNG: Die Abstimmung über die Subventionsvergabe erfolgte getrennt. Alle Subventionen und Förderungsmittel mit Ausnahme jener an den ASKÖ für den Eisring Süd/Nothnagelplatz wurden einstimmig, diese nur mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. (Forts.) and/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Selbstverwaltete Kommunikationszentren

=++++

21 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPö) beantragte zur Förderung von selbstverwalteten Kommunikationszentren einen Betrag von 5,6 Millionen Schilling.

GR. PROCHASKA (öVP) stellte fest, daß seitens seiner Fraktion kein Einwand gegen die Förderung der Arena und der Gassergasse bestehe, wohl aber gegen die Förderung des Amerlinghauses, das mit 2,5 Millionen Schilling den größten Anteil habe. Als Grund nannte Prochaska die regelmäßigen Beanstandungen durch das Kontrollamt, die fragwürdige Zusammensetzung der Gremien nach dem Auszug der Gemeindevertreter, die hohen Personalkosten von 1,3 Millionen Schilling und die zusätzlichen Honorare von 400.000 Schilling, die ausbezahlt wurden. Man könne auch nicht von einer Integrationsarbeit reden, da es nur eine kontinuierliche Senioren- und eine Kindergruppe gebe. Indirekt werde die Alternative Liste gefördert, die hier praktisch eine Parteizentrale habe.

GR. Dr. HÄUPL (SPö) sprach von einem gefüllten Wochenplan im Amerlinghaus, der unter den zahlreichen Veranstaltungen natürlich auch solche alternativer Gruppen enthalte. Deshalb könne man aber noch nicht von einem Parteizentrum der AL reden.

Am 16. Jänner habe sich bereits der neue Vorstand konstituiert, Mitte März werde der Beirat gegründet, in dem auch öVP-Bezirksvertreter tätig sein werden. Die Honorare, die größtenteils für Musikgruppen aufgewendet wurden, finde er nicht überhöht, sagte Häupl.

Man müsse auch für die Zukunft überlegen, wie man den bewährten Weg der Vielfalt in der Jugendarbeit fortsetzen könne. Dies werde nur durch eine Austragung der Konflikte im Dialog und nicht durch eine Sperre der Subventionen möglich sein, betonte Häupl abschließend.

ABSTIMMUNG: Die Förderung für das Amerlinghaus wurde mit den Stimmen der SPö und der FPö, die übrigen Subventionen wurden einstimmig beschlossen. (Forts.) roh/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Subventionen für Akademie der Wissenschaften

=++++

22 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPÖ) beantragte eine Subvention von 900.000 Schilling für die österreichische Akademie der Wissenschaften. GR. Mag. KAUER (ÖVP) forderte in einem Abänderungsantrag, die Subvention auf eine Million Schilling zu erhöhen. Kauer begründete den Antrag mit dem Hinweis, daß in schwierigen Zeiten der Wissenschaft und Forschung ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt werden müsse.

GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPÖ) erklärte, daß eine solche Erhöhung aus Gründen der Sparsamkeit nicht möglich sei.

Über die Anträge wurde getrennt abgestimmt. Die Subvention in Höhe von 900.000 Schilling wurde einstimmig angenommen, der Abänderungsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Rechnungshofbericht über IAKW

=++++

24 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Zum Antrag, den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der "Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG (IAKW)" zur Kenntnis zu nehmen, stellte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) fest, der Rechnungshof habe konkret nachgewiesen, daß bei der IAKW permanent übergroße Liquiditätsüberschüsse zu verzeichnen waren. Die zahlreichen Zwischenveranlagungen haben zu Verlusten geführt. Die Guthaben der IAKW gingen manchmal sogar über den Jahresbedarf hinaus. Die Stellungnahme der Mehrheit des Stadtsenates, die Finanzierungspolitik des IAKW-Vorstandes sei "überevorsichtig" gewesen, wies Hirnschall zurück. "So leicht darf man die gravierenden Feststellungen des Rechnungshofes nicht nehmen. Es ist ein leichtfertiger Umgang mit fremdem Geld und eine unentschuld bare Großzügigkeit mit Steuergeldern". Man müsse die Kritik des Rechnungshofes ernst nehmen und dürfe nicht den Mantel des Vergessens darüberbreiten.

GR. NEUMANN (ÖVP) bezeichnete die Gebarung der IAKW als abenteuerlich und dubios. Der Bericht des Rechnungshofes beweise, daß die bisherige Kritik der Volkspartei an der IAKW-Gebarung richtig ist. Es wurden Millionen verschlampt. Bis zu 900 Millionen wurden auf internationalen Märkten aufgenommen und mit Verlusten wieder veranlagt. Für den Schaden müssen nun die Steuerzahler aufkommen. Der Rechnungshofbericht zeige, daß der IAKW-Vorstand schlecht gewirtschaftet hat. Mit der Debatte über den Bericht des Rechnungshofes sei das Thema "Konferenzzentrum" nicht abgeschlossen. (Forts.) fk/gg



Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Rechnungshofbericht über IAKW

=++++

25 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYRHOFER (SPÖ) erinnerte daran, daß die ÖVP in einer dringlichen Anfrage vor einem Monat die Vorlage des Rechnungshofberichtes an den Gemeinderat verlangt hatte. Dieser Bericht sei im Stadtsenat innerhalb jener Frist, die dazu vom Rechnungshof eingeräumt wurde, vorberaten worden. Zur Überliquidität der Gesellschaft sagte Mayrhofer, daß die Situation auf dem internationalen Kapitalmarkt nicht vorausberechenbar gewesen sei. Er erinnerte daran, was geschehen wäre, wenn finanzielle Engpässe eingetreten wären oder durch Zahlungsschwierigkeiten der IAKW der Baufortschritt behindert worden wäre. Die IAKW habe mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes gearbeitet. Immerhin, sagte Mayrhofer, werde die ursprüngliche Kostenschätzung von mehr als fünf Milliarden um fast 1,5 Milliarden unterschritten. Abschließend dankte Mayrhofer dem Rechnungshof für den umfangreichen Bericht. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Rechnungshofbericht über IAKW

=++++

26 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. WÖBER (ÖVP) verwies darauf, daß der Rechnungshof die mangelnde Sorgfalt des Vorstandes kritisiert habe, während man von dieser Kritik in der mit den Stimmen der SPÖ beschlossenen Stellungnahme des Stadtsenates nichts finde. Der SPÖ warf Wöber eine zwiespältige Einstellung zum Konferenzzentrum vor, denn im April 1981 habe StR. Mayr erklärt, sollte das Konferenzzentrum nicht gebaut werden, könnte das Geld für die Stadterneuerung verwendet werden. Die "Sozialistische Korrespondenz" habe damals von einer Zurückstellung des Baubeginns geschrieben. Knapp vor der Wahl sei dennoch mit dem Bau begonnen worden und dies gegen die Stimmen von 1,360.000 Österreichern. Nun könnte man erwarten, daß wenigstens beim Bau sorgfältig gewirtschaftet werde. Der Rechnungshofbericht bewiese jedoch das Gegenteil. Der SPÖ warf Wöber eine mangelnde Einstellung zur Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit von Ausgaben vor. Er forderte, den Rechnungshof bereits in die begleitende Kontrolle bei der Realisierung des Projekts einzuschalten. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Rechnungshofbericht über IAKW

=++++

27 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Man müsse die Kritik des Rechnungshofes, die Beschlüsse des Stadtsenates und die Probleme der Finanzierung auseinanderhalten, betonte StR. MAYR (SPö) in seinem Schlußwort. Am Beispiel einer Kreditaufnahme in Belgien zeige sich, daß entsprechend den Bestimmungen der Nationalbank gehandelt wurde. Der Stadtsenat habe nicht gesagt, daß alles in Ordnung sei. Aus der Formulierung, daß weitere Maßnahmen aufgrund des Rechnungshofberichtes nicht zu unternehmen seien, dürfen keine falschen Schlüsse gezogen werden. Der IAKW-Vorstand, der die vom Rechnungshof beanstandeten Kreditoperationen durchgeführt hat, ist nicht mehr im Amt. Aus einem Rechtsgutachten geht hervor, daß der frühere Vorstand seine Kompetenzen nicht überschritten hat.

"Ich war von Anfang an für den Bau des Konferenzzentrums", hob Mayr hervor, und als 1982 baureife Projekte zur Ankurbelung der Bauwirtschaft gesucht wurden, habe sich das Konferenzzentrum dafür angeboten. Zur Freitagmeldung der Kronenzeitung, daß sich die Stadt Wien von der "Araber-Finanzierung" distanzieren, stellte Mayr richtig, daß sich Wien nicht an einer Eigentümergesellschaft beteiligen will. Denn bei einer solchen Beteiligung wären auch Betriebs- und Erhaltungskosten zu tragen. Eine derartige Beteiligung würde der ursprünglichen Finanzierungszusage Wiens widersprechen.

Abschließend stellte StR. Mayr fest, er nehme den Rechnungshofbericht zur Kenntnis, das heißt, auch die Beanstandungen. Dies habe auch der Stadtsenat zum Ausdruck gebracht. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Subventionen aus dem Altstadterhaltungsfonds

=++++

28 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPö) stellte den Antrag, die Instandsetzung von 81 Objekten mit Mitteln des Wiener Altstadterhaltungsfonds in der Höhe von 41,4 Millionen Schilling zu fördern.

GR. Dr. NEUBERT (öVP) brachte in diesem Zusammenhang den Beschlußantrag ein, den Wallensteinplatz, die angrenzenden Häuser sowie die Karl-Meißl-Gasse in Richtung Augarten unter Ensembleschutz zu stellen und zur Schutzzone zu erklären. Weiters brachte er einen Beschlußantrag ein, zu prüfen, ob das Gebiet Brigittenauer Lände, Wallensteinplatz, Rauscherstraße, Wasnergasse und Gaußplatz sich als Schutzzone eignet.

GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPö) erklärte, daß der Ensembleschutz keine unbedingte Voraussetzung für Restaurierungsarbeiten ist. Nicht die Schutzzone ist dafür in erster Linie Voraussetzung, sondern vor allem die Bereitschaft der Hausbesitzer, ihre Objekte instandsetzen zu lassen.

ABSTIMMUNG: Die beiden Beschlußanträge wurden zugewiesen, der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

lei/ko



Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Subvention für das Stadtkino

=++++

29 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPö) stellte den Antrag, dem Wiener Stadtkino ("Kammerlichtspiele am Schwarzenbergplatz Dr. Gruber OHG") eine Subvention in der Höhe von 2 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. LANGHAMMER (öVP) erklärte, seine Fraktion stimme diesem Antrag nicht zu. Jede Karte im Stadtkino werde bereits mit über 50 Schilling subventioniert. Langhammer schlug die Einführung eines Prämiensystems für Kinos vor, die den künstlerisch wertvollen Film forcieren. Im Stadtkino bestehe keine Nachfrage, was die - laut Kontrollamtsbericht - sinkenden Besucherzahlen beweisen.

Das Wiener Stadtkino werde nicht nach kommerziellen Grundsätzen geführt, sagte GR. Prof. WIESINGER (SPö), sondern habe sich die Aufgabe gesetzt, den Personenkreis filmkulturell Interessierter zu erweitern, den Anteil der künstlerisch wertvollen Filme im Verleih zu vergrößern und das Programm ohne permanenten Blick auf die Kinokasse auszurichten. Dank dem Wiener Stadtkino habe es 1983 30 künstlerisch wertvolle Filme mehr in Österreich gegeben.

In ihrem Schlußwort korrigierte GR. Christine SCHIRMER (SPö) die im Kontrollamtsbericht angegebenen Besucherzahlen: 1982 waren 48.452 Karten verkauft worden, 1983 waren es 50.431. Dies beweise, erklärte Schirmer, eine steigende Tendenz.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.)  
jel/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: 137 Millionen für die U-Bahn

=++++

30 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte insgesamt 137 Millionen für Ausschreibungsplanungen und Vorarbeiten für Teilabschnitte der U 3.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) befaßte sich mit der Möglichkeit, den Bau der U 3 einem Firmenkartell zu übertragen, und machte seine Bedenken geltend: So könnte es passieren, daß Vertreter freier Berufe nicht mehr wie bisher beschäftigt werden. Er verwies darauf, daß mehrere Bundesländer und Städte Präferenzen für ortsansässige Betriebe eingeführt haben. Pawkowicz vertrat die Ansicht, Firmen dieser Länder sollten auch in Wien nicht zum Zug kommen. Er hoffe, sagte Pawkowicz, daß dieser große "Deal" im Interesse der Wirtschaft und der freien Berufe nicht stattfinden werde.

GR. HAHN (ÖVP) verwies darauf, daß die ÖVP schon immer für den Ausbau der U-Bahn eingetreten sei, einen gleichzeitigen Bau von U 3 und U 6 unterstützt und ein besseres Finanzierungsübereinkommen mit dem Bund als das ursprüngliche gefordert habe. Hahn verlangte beim U-Bahn-Bau mehr Mitsprache für die Betroffenen und die Installierung einer "begleitenden Kontrolle", die vor der Auftragserteilung Stellung zu nehmen hätte. Der amtsführende Stadtrat sollte, so Hahn, periodisch Berichte vorlegen: wieweit die Planung für U 3 und U 6 fortgeschritten ist; für welche U-Bahn-Abschnitte bereits Detailplanungen vorliegen und welche Ziviltechniker beauftragt sind; wo die Errichtung von Aufzügen gewährleistet ist; welche Bauzeitpläne bei U 3 und U 6 bestehen; welche Überlegungen für die Oberflächengestaltung in den Bereichen Landstraße, 1. Bezirk und Mariahilfer Straße bestehen. Die ÖVP wolle die rasche Verwirklichung der zweiten U-Bahn-Bauphase, die zeitgerechte Sicherung der finanziellen Mittel und die gesicherte Beschäftigung der Wiener Wirtschaft zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Ein Vertrag über die Vergabe an ein Firmenkonsortium würde von der ÖVP gewissenhaft geprüft, sie würde vor der Beschlußfassung das Urteil des Kontrollamtes über den Vertragsentwurf einholen. Voraussetzung ist jedenfalls die Einhaltung der Vergaberichtlinien. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: 137 Millionen für die U-Bahn

=++++

31 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) stellte fest, daß sich alle einig sind, in erster Linie die Finanzierung des U-Bahn-Baus zu sichern, den Bau rasch fortzuführen sowie die Beschäftigung der Wiener Wirtschaft und Bevölkerung zu gewährleisten. Daß dies erreicht wird, garantieren die vom Land Wien und vom Bund bereitgestellten Mittel von zwei Milliarden jährlich. Hengelmüller wies den Vorwurf zurück, daß die Bürger und alle, die sich für die U-Bahn interessieren, nicht ausreichend informiert werden.

ABSTIMMUNG: Die Anträge wurden einstimmig angenommen. (Forts.)

lei/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

32 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Anschließend gelangte die dringliche Anfrage der öVP an Stadtrat Mayr zur Verlesung:

1. Wann werden Sie den VAMED-Bericht dem Wiener Gemeinderat vorlegen?
2. Werden Sie gleichzeitig mit der Vorlage dieses Berichtes auch Ihre Stellungnahme zu den offenen Fragen sowie Ihre Vorstellungen und Auflagen an die VAMED vorlegen?
3. Wann werden Sie den endgültigen Beauftragungsvertrag zur Fertigstellung des neuen AKH dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorlegen?
4. Welche Konsequenzen haben Sie aufgrund der aufgezeigten Fragen und Mängel bereits gezogen, die der VAMED-Bericht festgestellt hat?
5. Bestehen Schätzungen, wie hoch die derzeit im VAMED-Bericht nicht enthaltenen Kostenbestandteile ausfallen werden und wie sie finanziert werden (Inbetriebnahme-, Übersiedlungs-, Betriebs- und Betriebsführungskosten)?
6. Wann wird endlich der Zeitpunkt festgelegt, zu dem keinerlei Planungsänderungen und Ausweitungen mehr möglich sind - außer zu grundlegenden medizinischen Neuentwicklungen?
7. Sind Sie bereit, angesichts der nun vorliegenden Schätzung der Herstellungskosten für das neue AKH, die VAMED mit der Ausarbeitung von Alternativen (Nutzungsvarianten und Sparvarianten) zu beauftragen?
8. Wann wird die verbindliche Betriebskostenberechnung durch die VAMED vorliegen?
9. Sind Sie bereit, ein Wiener Spitalsfinanzierungskonzept vorzulegen, das auch den Bestand und den Ausbau aller Wiener städtischen Krankenanstalten umfaßt?
10. Wann ist angesichts der zu erwartenden jährlichen Finanzierungskosten und der zukünftigen jährlichen Betriebskosten, die sicherlich über den jährlichen Finanzierungskosten liegen werden, mit dem Baubeginn des Krankenhauses des SMZ-Ost zu rechnen?

(Forts.) fk/gg



Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

33 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Zur Begründung der dringlichen Anfrage meldete sich GR. DKfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) zu Wort. Sie forderte rasche Entscheidungen, weil Monat für Monat rund 250 Millionen ohne genaue Vorgabe verbraucht werden, und weil mit jedem Monat Verzögerung die Chance sinkt, mit der VAMED ein günstiges Ergebnis zu vereinbaren. Der VAMED-Bericht zwingt zu konkreten Entscheidungen.

Als erster Debattenredner meldete sich Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) zu Wort. Er sei enttäuscht über den VAMED-Bericht, dieser enthalte keine Kalkulation, sondern lediglich eine unverbindliche Schätzung der Kosten. So fehlen Kostenberechnungen über die technische Betriebsführung bis zur Übernahme durch die Stadt Wien, die Übersiedlungskosten und die Mehrkosten für Terminüberschreitungen. Wagner hob hervor, daß von den rund 600 behördlichen Verfahren erst 140 beendet sind. Jede neue Auflage sei aber mit Mehrkosten verbunden. Weiters kritisierte er, daß die VAMED im eigenen Namen, aber auf Rechnung und Risiko von Bund und Stadt Wien arbeite. Auch sei die künftige Betriebsführung ungeklärt. Es stehe fest, daß diese Betriebsführung nicht in der derzeitigen Form über die MA 17 möglich sei. Eine rasche Entscheidung, spätestens bis Ende 1984, sei nötig, weil sonst die Weiterführung des Projektes unmöglich gemacht werde. Wagner kritisierte, daß die Frage der Strukturen im medizinischen Bereich sowie die Frage der Forschungsbereiche, ob klinikbezogen oder schwerpunktbezogen, noch offen sei. (Forts.) fk/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

34 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Aus der gleichzeitigen Stellungnahme der begleitenden Kontrolle zum VAMED-Bericht ergeben sich, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), aktuelle Fragen in Bezug auf das Planungsdefizit sowie die Planungsorganisation. Diese sei beim Neubau des AKH immer noch ein großes Problem. Aus dem noch immer nicht beseitigten Planungsdefizit ergeben sich, betonte Hirnschall, verlängerte Bauzeiten. Die Probleme bei der Planungskoordination seien von den Architekten immer noch nicht gelöst worden, die Terminabläufe seien nicht gesichert.

Bei der Betriebskostenabrechnung klaffen, erklärte Hirnschall, die Schätzungen stark auseinander. Die bis jetzt gemachten Aussagen über die Betriebskosten des AKH könnten nicht als seriös betrachtet werden. Es stelle sich die Frage, ob die Schätzungen der AKPE aus dem Jahr 1982 immer noch als relevant betrachtet werden können. Demgemäß würden die Betriebskosten des neuen AKH über 40 Prozent höher liegen als die derzeitigen Betriebskosten.

Den Vorschlag eines Hearings zum Thema Termin- und Kostenplanung finde er akzeptabel, sagte Hirnschall. Er betrachte eine sachliche Diskussion, die auch die Betriebskosten miteinschliessen müsse, als einen gangbaren Weg, erklärte Hirnschall abschließend. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

35 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Der VAMED-Bericht wurde zusammen mit der begleitenden Kontrolle erstellt, erklärte GR. Prof. WIESINGER (SPÖ). Die begleitende Kontrolle bestätige die Richtigkeit der Ansätze für Termine und Leistungen und auch für die Kosten. Würden die Dinge so schlecht stehen, wie es die Wiener ÖVP darstellt, hätte die begleitende Kontrolle sicher eine andere Stellungnahme abgegeben.

Gegen Ende des vergangenen Jahres habe es so ausgesehen, als ob die ÖVP Ansätze zu einem positiven Kurs zeige. Der Gesundheitssprecher im Bund, Abgeordneter Stummvoll, sprach von einer positiven Strategie. Die Wiener ÖVP zerstörte ein paar Tage später diese Hoffnungen: Man sprach sich dafür aus, beim AKH weiter im Angriff zu bleiben.

Zum angekündigten AKH-Hearing stellte Wiesinger den ANTRAG, den damit befaßten Gemeinderäten zur Vorbereitung des Hearings alle Unterlagen rechtzeitig - mindestens jedoch sechs Wochen vor dem Hearing - zur Verfügung zu stellen. (Forts.) sei/ko



Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

36 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sagte, wenn es heiße, man müsse die Betriebskosten in den Griff bekommen, sei es entscheidend, vorher die Baukosten zu klären. Die Wünsche, die von den Professoren in den letzten Jahren geäußert wurden, bedürfen zu ihrer Verwirklichung 3 Milliarden Schilling. Wenn diese Politik weiter verfolgt wird, könne für den Neubau des AKH tatsächlich nicht mit 50 Milliarden das Auslangen gefunden werden. Zum angekündigten Hearing über diesen Themenkreis meinte Hampel-Fuchs, sollten dort nur die VAMED-Daten erläutert werden, wäre dies nicht zielführend. Angesichts des VAMED-Berichtes bezweifelte sie, daß die bestehenden Übersiedlungs- und Kostenpläne eingehalten werden können. Es sei höchste Zeit, endlich entscheidende Maßnahmen zu setzen, forderte die Stadträtin. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

37 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Er wisse nicht, warum die dringliche Anfrage gestellt wurde, sagte GR. Dr. SWOBODA (SPÖ), denn die ÖVP habe auf wesentliche Punkte der Anfrage in kürzlich erfolgten Pressekonferenzen selbst Antwort gegeben, indem sie zwar konkrete, aber falsche Zahlen veröffentlicht habe. Es wurde keine Preisbasis bekanntgegeben, die von der ÖVP veröffentlichten Kosten divergieren laut Swoboda um viele Millionen.

Was den VAMED-Bericht angeht, sei von vornherein klar gewesen, daß es sich nur um Kostenschätzungen handeln kann, da keine realistischen Fixpreise für Projekte, die erst in den nächsten Jahren fertiggestellt werden, angegeben werden können.

Zu der Förderung, künftig Planänderungen nur dann zu berücksichtigen, wenn sie aus medizinischen Gründen berechtigt sind, sagte Swoboda, daß diese Vorgangsweise bereits praktiziert werde. Es wurden mehrere Änderungswünsche, die aus anderen Gründen erfolgten, abgewiesen.

Das AKH sei für die Wiener Bevölkerung ein wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsversorgung. Es wäre, sagte Swoboda, zu wünschen, daß die ÖVP einen konstruktiven Beitrag zur Realisierung dieses Großprojektes leistet. (Forts.) lei/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

38 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Die Preisbasis der Errichtungskosten des AKH müsse richtig dargestellt werden, forderte GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), denn sonst wären alle Kostenangaben über das AKH eine reine Verwirrungstaktik. Die VAMED habe ihren Auftrag erfüllt, aber die Mehrheit im Rathaus habe politische Entscheidungen versäumt. Die Volkspartei begrüßt die geplante Veranstaltung eines Hearings, fordert aber, daß auch die Frage der Betriebskosten geklärt wird. "Wir werden vom schönsten AKH nichts haben, wenn wir es uns nicht leisten können", sagte Schlick. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

39 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Er gebe zu, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß Übertechnisierung in einem Krankenhaus schlecht sei. Die medizinische Struktur des AKH müsse im Hinblick auf den Baufertigstellungstermin diskutiert werden. Eine Strukturkommission bereits vor einigen Jahren zu installieren, sei nicht möglich gewesen, da die Schaffung einer solchen von der Fakultät abhängig war. Die Frage der Doppelkliniken habe er, Stacher, selbst bereits 1974 aufgeworfen.

Zum Vorwurf der ÖVP, daß beim Bau des AKH nicht zieleffizient gearbeitet werde, erklärte Stacher, daß die Stadt Wien nach dem vorgelegten Kosten- und Zeitplan den Vertragsinhalt überprüfen werde. Sicherlich könne man mit verschiedenen Punkten, zum Beispiel der vorgeschlagenen Durchführung der Besiedlung, nicht einverstanden sein. Man könne zum Beispiel entsprechend den verminderten Ambulanzzahlen die Kapazität der Ambulanzen verringern und aufgrund der fortgeschrittenen Labortechnologie Platz sparen und damit Reserveräume schaffen. (Forts.) jel/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

40 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) brachte den ANTRAG ein, den am Hearing teilnehmenden Gemeinderäten mindestens sechs Wochen vorher alle zweckdienlichen Unterlagen betreffend Betriebsorganisation und Betriebskosten des neuen AKH zur Verfügung zu stellen.

Worm nannte dann Konsequenzen aus der Tatsache, daß die ersten Planungen für das AKH (Raum- und Funktionsprogramm) 25 Jahre zurückliegen. Daraus resultierten laufende Änderungswünsche und die Unmöglichkeit von verlässlichen Kostenschätzungen für den Gesamtbau. Der Zentralbau bringe gegenüber dem Pavillonsystem beträchtliche Nachteile, und es gebe keinen Überblick über die Höhe der Betriebs- und Instandhaltungskosten. Die Baudurchführung sei schwerfällig, und es werde nach der Fertigstellung des neuen AKH mehr Spitalsbetten geben, obwohl Wien schon jetzt übermäßig viele Spitalsbetten besitzt. Diese Feststellungen seien schon in Ausführungen des Magistratsdirektors aus dem Jahre 1974 enthalten, sagte Worm. Stadtrat Stacher habe sich damals aus politischen Gründen gegen eine Baueinstellung ausgesprochen und "aus politischer Fahrlässigkeit das Abenteuer AKH gestartet". 1974 hätte man, so Worm, noch mit dem Bauen aufhören können, jetzt stehe man vor dem "Abenteuer VAMED". Man kenne keine Betriebskosten, und es gebe kein Übersiedlungskonzept. Angesichts der Baukosten nannte Worm jährliche Betriebskosten von weit über 5 Milliarden Schilling. (Furts.) and/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

- 41 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) meldete sich zur Beantwortung der dringlichen Anfrage zu Wort und erklärte:
- o Zu Punkt 1 bis 4: Die drei Fraktionen im Wiener Gemeinderat erhielten am 15. Jänner 1984 je zwei Exemplare des VAMED-Berichtes. Der VAMED-Bericht wird nun vom Beirat der Arge AKH ausführlich geprüft. Wenn man bedenkt, daß die VAMED 1 1/2 Jahre für die Erstellung des Berichtes gebraucht hat, kann niemand erwarten, daß die Überprüfung innerhalb weniger Tage erfolgen kann. Würde man sich nur ein paar Tage Zeit nehmen, wäre der Vorwurf einer oberflächlichen Prüfung berechtigt. Daher werden nun der Beirat und die Arge AKH unter Beiziehung aller notwendigen Experten, insbesondere der begleitenden Kontrolle, den Bericht prüfen. Außerdem wird ein Hearing abgehalten, für dessen Vorbereitung den Gemeinderäten alle zweckdienlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Nachdem man sich auf diese Weise eine eigene Meinung zu dem VAMED-Bericht erarbeitet hat, wird man in Verhandlungen mit der VAMED treten und dann dem Gemeinderat einen Termin- und Kostenplan zum Beschluß vorschlagen.
  - o Zu Punkt 5 und 8: Eine Betriebskostenberechnung kann nur parallel zur Betriebsorganisationsplanung vorgenommen werden. Mit dem Fortschreiten der Betriebsorganisationsfeinplanung werden auch die Betriebskosten detaillierter ermittelt werden können. Man wird sich nach der Prüfung des vorliegenden Termin- und Kostenplanes sofort an die Weiterentwicklung der Betriebskostenrechnung machen. (Forts.) sei/ko

NNNN



Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Dringliche Anfrage zum VAMED-Bericht

=++++

42 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Für die Übersiedlung wurde bereits im Baubeauftragungsvertrag festgelegt, daß auch vorhandene Geräte zu übernehmen sind. Die VAMED selbst sollte, so wie es die begleitende Kontrolle verlangt, mit der technischen Betriebsführung bis zu einem Jahr nach der förmlichen Übergabe des letzten Projektteiles beauftragt werden.

- o Zu Punkt 6: Die VAMED kann derzeit Änderungen des Projektes nur dann durchführen, wenn sie vom Beirat und von der Arge AKH genehmigt werden.
- o Zu Punkt 7: Die in der dringlichen Anfrage vorgeschlagene Ausarbeitung von Alternativ- und Sparvarianten widerspricht der in der Anfrage an anderer Stelle eingebrachten Forderung nach einem Stopp für Planungsänderungen. Natürlich hat niemand etwas gegen eine Sparvariante, jedoch ist die VAMED bereits derzeit zur kostengünstigsten Vorgangsweise verpflichtet.
- o Zu Punkt 9: Die Spitalsfinanzierung ist eine der Grundfragen der Gemeindefinanzierung überhaupt. Es werden darüber heuer Verhandlungen über den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zu führen sein, es finden ständig Gespräche mit den Sozialversicherungen, aber auch mit anderen Bundesländern statt. Der Ausgang dieser Gespräche ist derzeit nicht abzusehen, sodaß gegenwärtig höchstens eine Fortschreibung des bestehenden Zustandes gegeben werden könnte.
- o Zu Punkt 10: Mit dem Bau des SMZ-Ost wird dann begonnen, wenn die Fragen der Fremdpatienten und des Klinikmehraufwandes geklärt sind und auch mit dem Land Niederösterreich eine Einigung über eine Kostenbeteiligung erzielt wurde. Sollte dies nicht vor Fertigstellung des AKH möglich sein, könnte erst 1992 mit dem Bau des SMZ-Ost begonnen werden.

Nach der Beantwortung der dringlichen Anfrage wurden die in der Debatte von der SPÖ und ÖVP gestellten Anträge den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 19.10 Uhr. (Schluß)  
sei/ko

NNNN



GM: Förderungsziel wird 1985 erreicht

Utl.: Lacina - Mayr - Utsch Gespräch im Wiener Rathaus

=++++

23 #Wien, 23.2. (RK-POLITIK/WIRTSCHAFT) Bei einem Gespräch zwischen Staatssekretär Ferdinand Lacina, Finanzstadtrat Hans Mayr und GM-Generaldirektor Alfred Utsch wurde Freitag im Wiener Rathaus erklärt, daß für 1985 im Werk Aspern eine Auslastung von 98 Prozent angestrebt wird. Das bedeutet einen Beschäftigungsstand zwischen 2.650 und 2.700 Mitarbeitern und die Produktion von 271.000 Motoren sowie von 372.000 Getrieben. Damit wird das Förderungsziel 1985 erreicht. Für heuer erwartet man sich eine Auslastung von 90 Prozent und einen durchschnittlichen Beschäftigungsstand von 2.460.#

General Motors hat in Aspern bis Ende 1983 9,5 Milliarden investiert - vertraglich waren 8,5 Milliarden festgesetzt - und wird dafür eine öffentliche Förderung von 2,7 Milliarden erhalten. Von den Investitionen gingen 3,3 Milliarden an österreichische Firmen, mehr als die im Vertrag vereinbarten 2,7 Milliarden. An Einkäufen für die laufende Produktion wurden 1983 bei 1.400 österreichischen Lieferanten 1,6 Milliarden Schilling umgesetzt. Zum Vergleich: 1980 betrug der Umsatz 160 Millionen bei 800 Lieferanten. Die Einkäufe werden sich in Zukunft noch erhöhen, erklärte Utsch in dem Gespräch.

Das GM-Werk exportierte 1983 4,4 Milliarden. Vom Ausland bezug man Waren im Wert von 1,9 Milliarden, sodaß die österreichische Wertschöpfung im Vorjahr 2,5 Milliarden betrug. (Schluß) sei/gg

NNNN